Beschluss:

1. Zur Bitte des Landes, das städtische Grundstück an der Isarstraße neben der Jugendarrestanstalt Moltsfelde für ein Justizzentrum zur Verfügung zu stellen, wird der Oberbürgermeister beauftragt, mit dem Land Schleswig-Holstein über Maßnahmen zu verhandelt, die insbesondere den Wegfall potenziell mit dem Grundstück verbundener Gewerbesteuereinnahmen kompensieren.
2. Das Ergebnis dieser Kompensationsverhandlungen sind der Ratsversammlung innerhalb von 18 Monaten zur Entscheidung über eine mögliche Grundstücksreservierung vorzulegen.